

2. Parlament der Dörfer

06. Juli 2024 | 10.00 – 18.00 Uhr | Abendveranstaltung ab 18.00 Uhr
Ort: Schloss Trebnitz | Platz der Jugend 6 | 15374 Trebnitz

Eindrücke und Ergebnisse



Zum 2. Parlament der Dörfer kamen mehr als 130 Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Dörfernnetzwerk, Politikerinnen und Politiker des Landes Brandenburg sowie weitere Expertinnen und Experten für ländliche Räume im Schloss Trebnitz zusammen.

Unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur die Herausforderungen für die Dörfer Brandenburgs. Es wurden Konzepte und Lösungen für ein gutes Leben und Arbeiten auf dem Land besprochen.

Es wurden folgende Themen gemeinsam erörtert:

- Kommunalpolitik und die Rechte der Dörfer
- Finanzierung der Daseinsvorsorge durch Erneuerbare Energien?!
- Digitalisierung auf dem Land
- Mobilität im ländlichen Raum
- Gesundheit im Dorf

Zur besseren Unterstützung der Dörfer des Landes wurde eine Aufnahme der Dorfbewegung Brandenburgs e.V. in die Liste der Verbände und Organisationen nach Art. 94 der Landesverfassung empfohlen. Hiernach wäre die Dorfbewegung Brandenburg e.V. bei relevanten Gesetzgebungsverfahren anzuhören bzw. um Stellungnahmen gebeten.

PROGRAMM

09.00 – 10.00 Uhr

Ankommen / Anmeldung

Zeit für Gespräche und Kontakte

Block I | 10.00 – 11.00 Uhr

Feierlicher Auftakt zum 2. Parlament der Dörfer

In Brandenburg prägen die Dörfer das Land. Sie sind lebendige Heimat für viele Menschen.

10.00 – 10.10 Uhr

Frank Schütz (*Vorsitzender der Dorfbewegung Brandenburg*)

10.10 – 10.35 Uhr

Begrüßung und Vorstellung der Dörfernnetzwerke Brandenburgs

10.35 – 11.00 Uhr

Grußwort Prof. Dr. Ulrike Liedtke (*Präsidentin des Landtages Brandenburg*)

Videobotschaft Dr. Dietmar Woidke (*Ministerpräsident des Landes Brandenburg*)

Grußwort Darius Müller (*Bildungs- und Begegnungszentrum Schloss Trebnitz*)

Block II | 11.00 – 12.00 Uhr

Podiumsgespräch rund ums Dorf

In Brandenburg engagieren sich viele Menschen für lebendige Dörfer. Doch wo drückt der Schuh?

11.00 – 11.05 Uhr

Videobotschaft Carsten Schneider (*Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland*)

11.05 – 12.00 Uhr

Podiumsgespräch

Axel Vogel (*Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg*)

Dr. Jana Steinke (*Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung*)

Friedemann Hanke (*Stellvertretender Landrat Märkisch-Oderland*)

Grit Körmer (*Dorfbewegung Brandenburg*)

Fränze Habedank (*Dörfernnetzwerk Hoher Fläming*)

12.00 – 12.15 Uhr

Vorstellung der Thematischen Ausschüsse

12.15 – 13.30 Uhr

Mittagspause

Zeit für Gespräche und Kontakte

Block III | 13.30 – 15.00 Uhr

Thematische Ausschüsse

Gemeinsam auf der Suche nach guten Lösungen. Diskutieren Sie mit und mischen Sie sich ein!

Kommunalpolitik und die Rechte der Dörfer I Schloss – Langer Saal

Moderation: Dieter Arndt & Andreas Petschik (*Dorfbewegung Brandenburg*)

Finanzierung der Daseinsvorsorge durch Erneuerbare Energien?!

Inspektorenhaus – Archiv für Heilpädagogik

Moderation: Dr. Janina Messerschmidt & Danny Schäffer (*Dorfbewegung Brandenburg*)

Digitalisierung auf dem Land I Schloss – Roter Salon

Moderation: Dr. Tobias Federwisch (*Dorfbewegung Brandenburg*)

Mobilität im ländlichen Raum I Schloss – Gelber Saal

Moderation: Pedro Brosei (*Dorfbewegung Brandenburg*)

Gesundheit im Dorf I Schmiede – Beratungsraum oben

Moderation: Dr. Jens Forkel (*Akademie 2. Lebenshälfte*) & Grit Körmer (*Dorfbewegung Brandenburg*)

15.00 – 15.45 Uhr

Kaffeepause

Zeit für Gespräche und Kontakte

Block IV | 15.45 – 18.00 Uhr

Ergebnisse aus den thematischen Ausschüssen

Reden ist Silber – Machen ist Gold! Empfehlungen an die Landespolitik.

15.45 – 17.30 Uhr

Vorstellung der Ergebnisse aus den thematischen Ausschüssen

17.30 – 17.45

Verabschiedung durch Frank Schütz (*Vorsitzender der Dorfbewegung Brandenburg*)

17.45 – 18.00 Uhr

Künstlerische Zusammenfassung des Tages durch Kai Helm & Ali Wichmann (*Pro Palaver*)

18.00 – 22.00 Uhr

Abendveranstaltung

Gemütlicher Tagesausklang mit Grillbuffet und Musik.

GRUßWORT DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN PROF. DR. ULRIKE LIEDTKE

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Mitglieder des Parlaments der Dörfer, lieber Frank Schütz,
liebe Mitglieder des Landtages Brandenburg - liebe Isabell Hiekel, Carla Kniestedt, Anke
Schwarzenberg, lieber Benjamin Raschke!
Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Vogel,
sehr geehrter Herren Hanke und Müller,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Parlaments der Dörfer!

Als Schirmfrau begrüße ich Sie ganz herzlich im Bildungs- und Begegnungszentrum Trebnitz. Es ist mir eine große Freude, hier am Sitz der Dorfbewegung, das 2. Parlament der Dörfer zu eröffnen. Für mich verbindet sich Ihr Parlament mit dem Auftrag, Landwirtschaftsfragen und Ihre Erfahrungen aus dem Leben im Dorf in das Landesparlament zu bringen.

Vor zwei Jahren fand erstmals ein Parlament der Dörfer in Brandenburg statt. Es war ein wirklich sehr gelungener Auftakt, an dem sich zahlreiche engagierte, aktive Menschen aus vielen Regionen des Landes beteiligten. Sie nahmen dabei die Rolle von Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern in den Fokus, die zusammen mit den Ortsbeiräten nur über eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten verfügen. Ein nahezu vergessenes Thema des Kommunalrechts.

In Brandenburg bestehen derzeit mehr als 1700 Ortsteile. Den Ortsteilen und der kommunalen Selbstverwaltung mehr Aufmerksamkeit zu widmen war deshalb richtig und wichtig. Dialog über alle Ebenen hinweg ist das bewährteste und beste Mittel, um Probleme und Missstände aufzudecken und beseitigen zu können.

Mit der von mir zu Beginn dieser Legislaturperiode eingerichteten Plattform „Sie haben das Wort“ bieten wir als Landtag ein Forum, um den Dialog zwischen kommunaler und Landesebene zu ermöglichen. In den Landtag eingeladen wurden ehrenamtliche Ortsvorsteher und -vorsteherinnen, Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen.

Ein Impulsvortrag von Prof. Schmidt, Direktor des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam, sorgte für die fachliche Grundlage. Das Protokoll der Veranstaltung stelle ich Ihnen – soweit dies noch nicht bekannt sein sollte – gern zur Verfügung. Die zusammen getragene Auswertung der drei Veranstaltungen ging den Abgeordneten des Landtages Brandenburg sowie den Ministerien zu.

In Vorbereitung Ihrer heutigen Tagung benennen Sie auf Ihrer interaktiven Plattform:

- bessere Einbeziehung aller Einwohner in die Arbeit der Gemeinde,
- die notwendige gesellschaftliche Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit,
- aber auch das mangelnde ehrenamtliche Engagement.

Alles Fragen der demokratischen Beteiligung und Anerkennung.

Im Landtag werbe ich für das Thema der Bürgerräte. Die bisherigen Instrumente der Volksgesetzgebung erzeugen einen Duell-Charakter. Als Beispiel sei die Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge genannt. Wie im Wahlkampf werden Plakate aufgestellt, Handzettel verteilt und weitere Werbemaßnahmen ergriffen, mit denen jede Seite für ihre eigene Position wirbt. Es finden getrennte Veranstaltungen der Befürworter und der Gegner statt. Ein echter Meinungsaustausch ist nicht vorgesehen. Zwischentöne sind nicht gefragt. Das ist ein aktuelles Demokratie-Problem. Auch hervorgerufen auch durch die Sozialen Medien mit ihren Echokammern und Filterblasen.

Die Einrichtung von Bürgerräten, nicht nur im Bund, sondern auch auf der Ebene der Landesparlamente und in den Kommunen, könnte hier helfen. Bürgerräte können differenzierte Empfehlungen ausarbeiten. Gesucht werden nicht Experten oder Berufspolitiker, sondern jeder ist willkommen, alle Altersgruppen, alle Berufsgruppen. Bürgerinnen und Bürger verstehen, was Demokratie ausmacht. Bürgerräte setzen sich nach einem Computer-Zufallsprinzip zusammen. Wer ausgewählt wurde kann sein Amt als Berater der Politik annehmen.

Eine weiteres Thema Ihrer Beratungen ist die **Finanzierung der Daseinsvorsorge**.

Nun - durch die Nutzung erneuerbarer Energien können wir nicht nur unsere Umwelt schützen, sondern auch neue Wege der Finanzierung erschließen. Brandenburg ist Vorreiter beim Klimaschutz, etwa durch den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Brandenburg deckt heute rechnerisch 95% seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Und es gibt schon energieautarke Gemeinden. Feldheim zum Beispiel, Ortsteil von Treuenbrietzen. Das Dorf stellt Strom und Wärme aus Wind- und Biogasanlagen her – kostengünstig und klimaneutral. Ebenso Uckerland. Ungenutzter Strom, erzeugt von Windrädern, die mehr produzieren als das Netz gebrauchen kann, versorgt das Dorf mit Warmwasser, auch für die Heizung. Feldheim und Uckerland haben die Klimawende geschafft. Es sind Beispiele für einen Paradigmenwechsel. Aber diese Beispiele zeigen auch: es gibt noch viel zu tun.

Im letzten Jahr kam der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas auf meine Einladung nach Potsdam, um über Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene zu beraten und die „Potsdamer Erklärung zum gemeinsamen Engagement für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt“ zu unterzeichnen, in der sich die europäischen Kommunen und Regionen in den 46 Staaten des Europarates zum Klima- und Umweltschutz verpflichtet haben. Denn Klimaschutz findet vor Ort statt, in Kommunen und Regionen.

Lieber Herr Minister Vogel,

es war gut, dass Sie sich mit ihrem Klimaplan auch auf diese Erklärung stützen konnten.

Mit dem von der Landesregierung im März beschlossenen Klimaplan verfügt das Land Brandenburg nunmehr über die erste klimapolitische Gesamtstrategie der Landesregierung mit dem Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2045. Der Landtag hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet und das freut mich sehr.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

auf Ihrer Agenda stehen noch weitere Themen wie die **Digitalisierung auf dem Land**, **die Mobilität im ländlichen Raum** und die **Gesundheit im Dorf**.

Die **Digitalisierung auf dem Land** ermöglicht es uns, die Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu überbrücken und allen Bürgern Zugang zu Informationen und Dienstleistungen zu bieten. **Mobilität im ländlichen Raum** ist Lebensqualität, ebenso gesundheitliche Versorgung. Alles auch Themen im Landtag.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Plenums,

die 7. Wahlperiode geht zu ende. 145 Gesetze konnte ich zur Verbesserung des Lebens der Brandenburgerinnen und Brandenburger signieren. In 109 Plenarsitzungen hat sich die Debattenkultur verändert. Der Ton in der politischen Auseinandersetzung hat sich verschärft. Er ist rauer und aggressiver geworden. Nicht nur im Landtag.

Ihr Engagement ist daher wichtiger denn je.

Sie geben uns Einblicke in das was läuft, was schlecht läuft und das, was möglicherweise gar nicht läuft. Der Austausch zwischen den Ortsteilen, Gemeinden, Städten und Landkreisen ist wertvoll. Wir können uns vernetzen und vor allem voneinander lernen und uns gegenseitig unterstützen.

Das sieht auch der **Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft** so. Er hat die Bedeutung der Dorfbewegungen für die Demokratie in einer aktuellen Stellungnahme - vor einem Monat - ausdrücklich betont.

In seinem Bericht „Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung“ stellt der Sachverständigenrat fest:

→ Dorfbewegungen schaffen Dialogräume für sachbezogene Auseinandersetzungen.

→ Dorfbewegungen verleihen der Stimme der ländlichen Bevölkerung im Dialog mit der Politik mehr Gewicht.

So ist es. In ganz Europa gibt es Dorfbewegungen. Die Dorfbewegung Brandenburg hat jedoch ein besonderes Gewicht. Deutschland tauchte in dem jahrzehntelang gewachsenen europäischen Netzwerk lange nicht auf. Erst mit der Gründung der Dorfbewegung Brandenburg, war in dem europäischen Verband eine starke Stimme aus Deutschland für die Dörfer in Brandenburg und darüber hinaus zu vernehmen. Mit anderen Worten: Die Dorfbewegung Brandenburg vertritt die Bundesrepublik in der Europäischen Dorfbewegung.

Lieber Herr Schütz,

klar ist: ich unterstütze gerade auch vor diesem Hintergrund eine gemeinsame Bewerbung mit den Ländern Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen für eine Austragung des Europäischen Parlaments der Dörfer 2027 in Brandenburg.

Und ich kann mir den Landtag Brandenburg als Austragungsort hierfür sehr gut vorstellen.

Für Ihre Tagung wünsche ich Ihnen gutes Gelingen!

ERGEBNISSE DER AUSSCHÜSSE

Ausschuss „Kommunalpolitik und die Rechte der Dörfer“

Im Ausschuss „Kommunalpolitik und die Rechte der Dörfer“ diskutierten rund 25 Teilnehmende die Frage, ob Dorfakteure in Brandenburg über die nötigen Rechte, Pflichten und Kompetenzen verfügen, um eine aktive demokratische Teilhabe zu gewährleisten.

Diskussion und Ergebnisse: In Kleingruppen – bestehend aus Dorfakteuren, Landespolitikerinnen und Fachexpertinnen – wurden folgende Fragen diskutiert:

1. Welche Rechte, Pflichten und Kompetenzen haben die Dorfakteure?
2. Welche Rechte, Pflichten und Kompetenzen sind klar?
3. Welche Rechte, Pflichten und Kompetenzen sind schwammig / unklar?
4. Welche Rechte, Pflichten und Kompetenzen fehlen?

Vorstellung der wesentlichen Änderung in Neufassung der BKVerfG und kurze Diskussion dazu

Was haben wir?

- Ortsteil-Budget,
- Antragsrecht gegenüber HVB,
- Anhörung vor Erstellung Haushalt,
- Mitspracherecht (eingeschränkt) bei Infrastruktur,
- aktives Teilnahmerecht Angelegenheiten Ortsteil (OT)

Was wäre wünschenswert?

- Entscheidung Ortsbeirat (OB) bindend (soweit nicht rechtswidrig) / Vetorecht

Was brauchen wir (jetzt)?

- echte Einflussnahme/Mitbestimmung bei Infrastruktur (Straßen, Kita, Schule usw.),
 - mehr zeitnahe Bürgerbeteiligung,
 - echte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger,
 - Dorfentwicklungsausschüsse,
 - **dringend** mehr Informationen/Wissen für Dorfakteure
-

Grundlegend ist festzuhalten, dass mit den Änderungen in der Brandenburger Kommunalverfassung der Jahre 2019 und 2024 die Rechte des Ehrenamtes vor Ort erheblich gestärkt wurden. Dies wird ausdrücklich begrüßt! Was aber nicht bedeutet, dass es keine offenen Fragen/Themen mehr gibt. Im Folgenden fokussieren wir einzelne Aspekte noch einmal aus unserer Sicht:

Aufnahme der Dorfbewegung in die Regelung gem. Art. 94 der Landesverfassung des Landes Brandenburg, sprich Beteiligung/Information zu allen Gesetzen die das gesellschaftliche Leben in den Dörfern betrifft.

- Übergabe an Landtagspräsidentin persönlich beim Parlament der Dörfer und an Ministerpräsident persönlich am kommenden Tag

Weitere Forderungen:

1. Forderungen an die Landespolitik

- Vetorecht für OB
- Festlegung Pflicht, dass Verwaltungen OB/Ortvorsteher*innen (OV) regelmäßig zu informieren haben
- Fortsetzung des Dialogformates von Seiten der Landtagspräsidentin für das Ehrenamt „Sie haben das Wort“ auch in der neuen Legislaturperiode

2. Forderung an den Brandenburger Städte- und Gemeindebund

- vollständige Anerkennung der OT und OB/OV als „Quelle“ gelebter Demokratie vor Ort – entsprechend der Rolle in der Kommunalverfassung
- Schulungen und Informationen für Kommunalpolitiker*innen, Verwaltungen zu Werkzeugen der Beteiligung von Bürgern und Kommunen im Alltag und zur Neufassung der Brandenburger Kommunalverfassung

3. Allgemeine Forderungen an die Kommunalpolitik und Verwaltung vor Ort

- OB/OV werden über alle Belange ihrer Ortsteile von Seiten der gewählten Gremien und der Verwaltung jederzeit informiert
- mögliche Umsetzung durch: Schaffung offizielle E-Mailadresse für OV, Schaffung eines beratenden Ausschusses der OV (wenn es viele OT gibt)
- entsprechende Anpassung Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen vor Ort
- ständige Information/Weiterleitung an die ehrenamtlichen Bürgermeister und OV durch den HVB über die Rundschreiben des Brandenburger Städte- und Gemeindebundes
- „Einsicht“ der Verwaltungen, dass die gewählten Parlamente vor Ort das „Sagen“ haben und nicht die Verwaltung - Verwaltung ist Dienstleister = berät, arbeitet zu, setzt um

Folie Hürdenläufer bei „Auswerterunde“:

Es ist der richtige Zeitpunkt, um...

mehr Informationen an und von den Dorfbakteuren
mehr und besser miteinander reden – auf Augenhöhe umgehen
das Vorhandene besser umsetzen / auszuleben
Möglichkeiten Einflussnahme Kommunen auf Straßen und Infrastruktur ges.

Es ist zu früh, um...

die Kommunalverfassung sofort
neu ändern zu wollen
perspektivisch Vetorecht für OB



Es ist zu spät, um...

die Gemeindegebietsreform
rückgängig machen zu wollen

Ausschuss zu Erneuerbare Energien - „Finanzierung der Daseinsvorsorge durch Erneuerbare Energien?!“

Ausgangslage

Wir sehen bei den Erneuerbaren Energien sehr große Potenziale, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Vor allem bei der Abmilderung der Folgen durch den Klimawandel. Aber auch, uns bei der Aufrechterhaltung unserer Daseinsvorsorge zu unterstützen. Für die Akzeptanz der Erneuerbaren-Energien-Anlagen benötigen wir gesetzliche Rahmenbedingungen, um die Bürger ausreichend daran partizipieren zu lassen. Erste Erfolge (Wind-, Solareuro) sind zu sehen. Dennoch bedarf es weiterer Regelungen seitens des Gesetzgebers.

Kernfrage - Wie können die Erneuerbaren-Energien Anlagen den Menschen vor Ort nützen?

Diskussion

Die beiden Fahrkarten sowie die Präsentation liegen als Photoprotokoll vor.

Hauptforderungen

Grundlegend ist festzuhalten, dass wir hinter den Empfehlungen der Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung „Transformation des Energiesystems: Chancen des Ausbaus von Windenergie- und Photovoltaikanlagen für ländliche Räume nutzen“ stehen. Im folgenden fokussieren wir einzelne Aspekte noch einmal aus unserer Sicht:

1. Energy Sharing - Wir fordern die Landespolitik auf, sich für eine gesetzliche Regelung für die Nutzung aus Erneuerbaren-Energien (EE) - Anlagen in einem Umkreis von 50 km, insbesondere für Bürgerenergiegesellschaften, einzusetzen.

Bürgerenergiegesellschaften ermöglichen eine direkte Teilnahme von Bürgern an der Energiewende und fördern damit eine soziale Energiewende. Die Europäische Union hat das Potential von Energy Sharing in Bürgerenergiegesellschaften erkannt und bereits 2019 in Art. 22 der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) mit einer Umsetzungsfrist bis Mitte 2021 verankert. Daher ist es dringend notwendig, dass bei der Umsetzung von Energy Sharing nach EMD Art. 15a in Deutschland auch BEGen gefördert werden

2. Soziale Energiewende - Wir fordern die Landespolitik auf, ein Bürgerbeteiligungsgesetz zu erarbeiten.

Der Solar- sowie Windeuro sind ein sinnvoller Anfang einer angemessenen Beteiligung der Kommunen, jedoch regeln diese Gesetze nicht die Beteiligung von Bürgern an EE- Großanlagen. Eine Verpflichtung der Investoren zu direkten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, mindestens in Form von Nachrangdarlehen und Minderheitsbeteiligungen sollte eingeführt werden. Ein Good-Practice-Beispiel ist das Gesetz aus NRW: <https://www.buendnis-buergerenergie.de/aktuelles/news/artikel/2024-1-11/neues-positionspapier-vorschlag-fuer-ein-bundeseinheitliches-buergerbeteiligungsgesetz>

Weitere Forderungen an die Landespolitik

1. Forderungen an den Solar-/ Windeuro

- Explizite Erwähnung des Klimawandels in den Gesetzen als Motivation und Ausgangslage für das Gesetz
- Weitere Zweckbindungen im §4 Zweckbindung:
 - Klimaanpassungsmaßnahmen bzw. Klimaschutzmaßnahmen
 - Aufnahme des Natur- und Artenschutzes° Sektorkopplung, d.h. Nutzung der Energie für die Wärmeversorgung

2. Allgemeine Forderungen hinsichtlich der EE-Großanlagen

- Schulungen und Informationen für Kommunalpolitiker*innen, Verwaltungen zu Werkzeugen der Beteiligung von Bürgern und Kommunen, insbesondere in der Projektierung von kommunalen Flächen, da im Betrieb von EE-Großanlagen die Wertschöpfung liegt.
- Zusammenarbeit der Kommunen mit den Energieagenturen stärken und fördern (Good Practice: Thüringer Energie- und Greentech Agentur) → Beispiel aus Thüringen „Aufsuchende Beratung“
- Lokale Stabstellen für Klimaschutz und Erneuerbare Energie auf der Kreisebene

3. Allgemeine Forderungen an die Landespolitik sich auf Bundesebene für folgende Themen einzusetzen

- Forderung nach einer nachhaltigen und gerechten Lösung für die Berechnung der Netzentgelte. Brandenburg hat mit die höchsten Netzentgelte, da der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung besonders hoch ist.
- Förderung der Rechtsform „Genossenschaft“ im EEG und weiteren Gesetzen sowie in Fördervorhaben zur Stärkung von Bürgerenergiegesellschaften.

Fahrkarte „EE für die Daseinsvorsorge“ aus Sicht der Bürger

Von hohe Energiepreise, Abhängigkeit von globalen Krisen,
 Nach wenig Wertschöpfung vor Ort aus EE

Über Teilhabe an allen Prozessschritten; faire, stabile Energie-
 Preise/versorgung

- Kriterienkataloge mit OT erarbeitet
- Faire Netzentgelte
- Energy sharing Lösung
- Bürgernahe Betreiberformate

Ziel der Reise

- Regionale Lösung für Strom/Wärmeversorgung
- Wertschöpfung in der Region

Fahrkarte „EE für die Daseinsvorsorge“ aus Sicht der Kommune

Von hohe Netzentgelte, (Ver-)handlungsspielräume der Kommunen
 oft unklar, mangelndes Fachwissen bei Kommunalpolitikern,
 Nach fehlende Regionalpläne, Druck auf Landschaftsbild + Landw. FL.

Über Steuerung der Gemeindeentwicklung & damit Ausbau EE über
 Kommune, angemessene Beteiligung der Kommunen, attraktive
 Landschaften erhalten

- Ausstattung Kommunalpolitiker mit Fachwissen
- Mediation: Aufstellung Regionalpläne + Aufstellungsbeschlüsse
- neutrale, verständl. Information an Bürger*innen
- Anlaufstelle für Mediation in Konfliktfällen

Ziel der Reise

- Gemeinsame Entwicklung (Kommunen & Bürger) von Planungsgrundlagen (FFPV)
- Dachflächen vorrangig belegen

Fahrkarte „EE für die Daseinsvorsorge“ aus Sicht der Kommune

Von:

- Insbesondere Kommunalpolitiker:innen (aber auch Mitarbeiter:innen in der Verwaltung) fehlt Fachwissen zum Thema
- Kommunen sind sich bezüglich Ihrer (Ver-)handlungsspielräume oft nicht bewusst (daher besteht große Unsicherheit)
- Finanziell desolate Lage der Kommunen führt zu Handlungsdruck in den Kommunen (Hinweis einiger Teilnehmenden, dass Sie den Titel des Workshops ungünstig finden —> die Daseinsvorsorge / kommunale Pflichtaufgaben sollten über reguläre Mittelzuweisungen abgedeckt werden. Einnahmen aus EE können finanzielle Ressourcen für zusätzliche Aufgaben generieren.)
- Fehlende Regionalpläne führen aktuell bezogen auf den Windausbau zu Unsicherheiten, wie sich Kommunen verhalten sollen (auf den Regionalplan warten oder eigene Aufstellungsbeschlüsse auf den Weg bringen?)
- Formale Beteiligungsverfahren werden von den Bürger:innen nur in wenigen Einzelfällen wahrgenommen
- Sorge, dass informelle Beteiligungsverfahren viel Aufwand seitens der Kommune bedeuten
- Investoren bedrängen Kommunen und private Flächeneigentümer (Wind & PV)
- Wild-West-Stimmung: z.T. sind diverse Vorhabenträger mit unterschiedlichen Vorverträgen unterwegs: in Kommunen entstehen daher z.T. heftige Konflikte, Unruhe in der Bürgerschaft —> Kommunen geraten in die Rolle von Streitschlichtern, haben aber selten die Möglichkeit, Konflikte konstruktiv aufzulösen
- Druck auf das Landschaftsbild —> Angst vor Verlust des touristischen Mehrwertes (die Größe der Anlagen werden z.T. als „erdrückend“ empfunden)
- Druck auf landwirtschaftliche Fläche
- Netzbetreiber schaffen nicht die nötigen Anschlussvoraussetzungen für neue Anlagen
- Hohe Netzentgelte

Nach:

- Kommune steuert die Gemeindeentwicklung (sinnvoll auch in interkommunalen Zusammenschlüssen), damit sollte auch den Ausbau von EE auf dem Gemeindegebiet die kommunale Planungshoheit bestehen
- Angemessene Beteiligung der Kommunen (ist eine Gerechtigkeitsfrage und nicht nur die oft diskutierte „Akzeptanzfrage“)
- Attraktives Landschaftsbild soll möglichst erhalten bleiben

Über:

- Passgenaue Formate, die insbesondere Kommunalpolitiker:innen mit Fachwissen ausstatten
- Moderation von Aufstellung der Regionalpläne mit laufenden kommunalen Aufstellungsbeschlüssen
- Neutrale, verständliche Informationen an Bürgerinnen
- Moderation vor Ort, um ein neutrales „Miteinander Reden“ aller beteiligten und interessierten Akteure in der Kommune, um gemeinsam eine gute Planungsgrundlage für den Ausbau EE zu schaffen
- Anlaufstelle für Mediation im Konfliktfall
- Belegung von Dachflächen muss mehr vorangetrieben werden
- Adäquater Netzausbau

Ziel der Reise:

- Die Daseinsvorsorge der Menschen vor Ort verbessert sich spürbar durch die Erneuerbaren-Energien-Anlagen.

Ausschuss „Digitalisierung auf dem Land“

Unter der Moderation von Dr. Tobias Federwisch und mit fachlichen Inputs von Dr. Carola Croll (Stiftung Digitale Chancen) und Philipp Wilimzig (Smart Village Solutions GmbH) diskutierten die Teilnehmenden, wie die Dörfer Brandenburgs von der Digitalisierung profitieren könnten.

Ausgangslage

Die Digitalisierung beeinflusst nahezu alle Lebensbereiche. Sie hat Auswirkungen auf die Art und Weise unserer Versorgung, Mobilität oder Kommunikation. Sie ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Das Land Brandenburg möchte den digitalen Wandel gestalten (siehe auch <https://digitalesbb.de>). Dazu wurde ein Digitalprogramm aufgelegt, das den strategischen Rahmen für die Digitalisierung im Bundesland absteckt (siehe auch <https://digitalesbb.de/ubersichtsseite/strategie>).

Im Digitalprogramm sind 83 Maßnahmen zur Digitalisierung in Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verankert. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die digitalen Kompetenzen und die digitale Teilhabe der Menschen zu fördern.

Kernfrage: Wie können die Dörfer Brandenburgs von der Digitalisierung profitieren?

Für die Dörfer des Landes ist es sehr wichtig, dass möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen online verfügbar sind. Das verkürzt nicht nur die Wege zum nächsten Amt. Eine smarte Verwaltung trägt auch zur Information, Kommunikation und Beteiligung bei.

Um den Digitalisierungsprozess auf der (untersten) kommunalen Ebene zu unterstützen, wird die Entwicklung und die Einführung einer „Smart Village App“ gefördert (siehe auch <https://smart-village.app>). 2024 sind insgesamt 6% der Kommunen Brandenburgs mit der App ausgestattet.

Die Smart Village App ist auch für die Dörfer des Landes interessant. Sie ist modular aufgebaut und verfügt über vielfältige Funktionen wie bspw. Nachrichten, Veranstaltungen, Abfallkalender, Mängelmelder, ÖPNV-Abfahrtspläne, Baustellen/Verkehrsstörungen oder Ehrenamtsplattformen.

Kosten und Förderung

Seit 2020 gibt es eine Brandenburger Förderrichtlinie zur Smart Village App. Dies hat die Einführung und Verbreitung der Smart Village App begünstigt. Da es eine Open Source Lösung ist, ist die Lizenz kostenlos. Die kommunale Ausgestaltung hat jedoch Aufwendungen und Kosten zur Folge.

Die Einführung der App wird im ersten Jahr und je nach Leistungsumfang mit 5.000 bis 20.000 Euro gefördert (Setup). Zum Setup gehört auch eine Schulung, das Aufsetzen eines Designs, die Integration von Schnittstellen sowie eines App-Stores.

Danach verpflichtet sich die Kommune für weitere fünf Jahre, die App mit einem jährlichen Eigenanteil von 1.000 bis 6.000 Euro weiterentwickeln bzw. pflegen zu lassen (Hosting). Der technische Support inkl. nötiger Updates wird durch den Entwickler Smart Village Solutions erbracht.

Problem

Die Kosten und der Personalaufwand sind für kleine Kommunen oder gar Ortsteile sehr hoch (faktisch 50% Eigenanteil). Daher eignet sich die App eher für mittlere und große Kommunen (inkl. Landkreise).

Ergebnisse des thematischen Ausschusses

Die Dörfer signalisieren großes Interesse an den Themen der Digitalisierung inkl. der Smart Village App. Sie möchten von der Nähe zur Verwaltung und deren Dienstleistungen sowie der Steigerung der Kommunikationsmöglichkeiten und der Informationsangebote profitieren. Nicht zuletzt versprechen sie sich eine bessere Beteiligung in bspw. Planungsprozessen oder Verbesserungen in den Bereichen der Mobilität (bspw. optimierte Fahrgastinformationen in Echtzeit).

Gleichwohl wurde auch deutlich, dass die Dörfer viel mehr Zugang zu Informationen und Wissen über die Digitalisierung im eigenen Bundesland benötigen. Dies umfasst auch Kenntnisse über lokale/regionale Strategieprozesse. Zudem wurde deutlich, dass der digitale Wandel vor Ort (bspw. die Einführung der Smart Village App) eine gute Technologie- und Prozessbegleitung, starke Partner in der Verwaltung sowie überzeugende Finanzierungs- und Förderbedingungen benötigt.

Abbildung 1 macht deutlich, welche Erwartungen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Digitalisierung haben. Zudem wurden Erfolgsfaktoren identifiziert, die für den gelingenden digitalen Wandel unabdingbar sind.



Abbildung 1: Erfolgsfaktoren für den gelingenden digitalen Wandel
 Quelle: Dorfbewegung Brandenburg

Weitere relevante Informationen

Bundesförderung

In Brandenburg werden Potsdam, Cottbus, Guben sowie Bad Belzig/Wiesenburg im Rahmen der „Smart Cities“ vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gefördert. Weiterführende Informationen und Studien unter: <https://www.smart-city-dialog.de>

Darüber hinaus werden die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Elbe-Elster im Rahmen des Modellvorhabens Smarte.Land.Regionen vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert. Im Rahmen dessen wird ein so genanntes „Digitales Ökosystem“ bestehend aus digitalen Lösungen für eine bessere Daseinsvorsorge und einem bundesweiten Marktplatz für smarte Anwendungen entwickelt. Brandenburg ist mit beteiligt. Zahlreiche Informationen, Erklärvideos und Studien findet man unter <https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/digitales/smar-te-landregionen/mud-smarte-landregionen.html> Hervorzuheben ist auch das frei verfügbare Toolset unter <https://www.toolset-landkreise.digital>

Landesförderung

Die Smart Cities werden in Brandenburg über die Maßnahme „Meine Stadt hat Zukunft“ (Einzelmaßnahme 23) gefördert. Von 2024-2025 werden 7 Kommunen gefördert. Zu den Themen zählen Klimawandel und Stadtentwicklung (bspw. Augmented Reality in Planungsprozessen, Simulation von Stadträumen oder Klimadashboards für die kommunale Wärmeplanung).

Auch die Kultur wird zunehmend digitalisiert. Hierfür steht die a) die vom Land kofinanzierte EFRE Maßnahme „Digitalisierung von Kultureinrichtungen“ sowie die Maßnahme „Unterstützung des digitalen Wandels von Kultureinrichtungen im Land Brandenburg“ (DIWA) (Einzelmaßnahme 27) zur Verfügung. Es werden Digitalisierungsstrategien, Pilotprojekte, der Kompetenzaufbau, die Entwicklung von Plattformen sowie die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur gefördert. Beispiele:

- Digitalisierung von Objekten des musealen Kulturerbes sowie deren Präsentation im Internet
- Digitale Produktionsstrategie für freie Theaterproduktionen
- Apps für Rundgänge wie in Potsdam oder Neuzelle
- Online-Archiv für Neue Musik in Brandenburg (Mediathek)

Blick über den Tellerrand – Digitale Dörfer

Dr. Carola Croll berichtet von den Digitalen Dörfern Niedersachsen, die dort ein Erfolgsmodell sind. Sie werden von Fraunhofer Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) technisch und von der Stiftung Digitale Chancen als Prozessbegleitung betreut (siehe auch <https://www.digitale-doerfer-niedersachsen.de>).

Die Digitalen Dörfer gibt es aber auch in anderen Bundesländern: In Mecklenburg-Vorpommern ist die Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH aktiv (siehe auch <https://www.lgm.de>). In Schleswig-Holstein ist die Akademie für ländliche Räume der Auftraggeber (siehe auch <https://www.alr-sh.de/startseite>). In Bayern ist die Versicherungskammer Bayern zuständig.

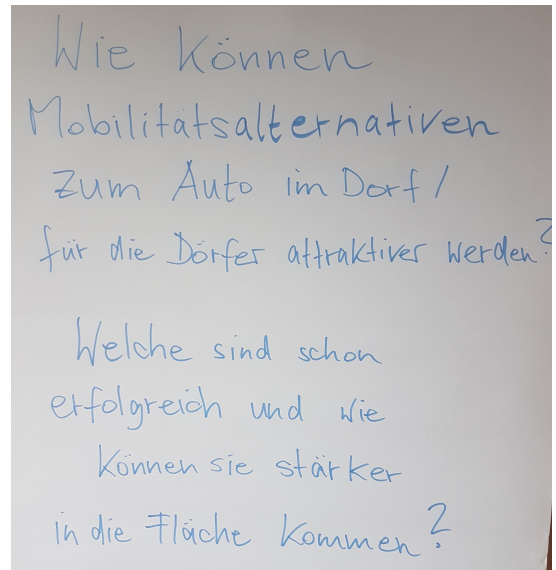
In allen Bundesländern werden der DorfFunk und die LandNews bereitgestellt. Die Kosten richten sich an den Nutzerzahlen. LösBar und der Schaukasten können von den Kommunen individuell dazugebucht und finanziert werden (siehe auch https://www.digitale-doerfer.de/wp-content/uploads/sites/17/2023/12/2023_12_Kostenebersicht.pdf).

Ausschuss „Mobilität“

Die Diskussion konzentrierte sich auf zentrale Herausforderungen und Möglichkeiten der Mobilität im ländlichen Raum.

Hauptthemen der Diskussion:

- 1. Entscheidungsebenen im ÖPNV:** Zu Beginn gab es einen Überblick darüber, auf welchen Ebenen die Entscheidungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) getroffen werden. Es wurde deutlich, dass die Zuständigkeiten komplex sind und von der lokalen bis hin zur Landesebene reichen.
- 2. Radverkehr als Alternative:** Herr Möbus (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC)) stellte ein Konzept für ein Radnetz in Brandenburg vor. Es wurde intensiv diskutiert, inwiefern das Fahrrad als praktikables Verkehrsmittel in Dörfern dienen kann, insbesondere in Regionen ohne sicheres Radwegenetz. Benjamin Raschke (Landtagsabgeordneter, Bündnis 90/Die Grünen) betonte seine Unterstützung für den Ausbau des Radnetzes, um ländliche Gebiete besser anzubinden.
- 3. Car- und Ridesharing:** Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Möglichkeit, Car- und Ridesharing auf Dorfebene zu etablieren. Viele Teilnehmer sahen darin eine wichtige Ergänzung zum ÖPNV, jedoch wurde auch betont, dass noch viel Potenzial besteht, das Mindset gegenüber diesen Alternativen zu verändern. In den Dörfern dominiert nach wie vor der motorisierte Individualverkehr (MIV), also der eigene PKW.
- 4. Herausforderungen im ÖPNV:** Ein kontrovers diskutiertes Thema war die geringe Auslastung von Bussen in vielen ländlichen Regionen, im Gegensatz zur hohen Erwartungshaltung an die Anbindung und Taktung des Busverkehrs. Die Diskrepanz zwischen Angebot und tatsächlicher Nutzung des ÖPNV stellt eine Herausforderung dar, die durch eine stärkere Förderung von Alternativen, wie Carsharing oder Park & Ride, angegangen werden könnte.
- 5. Verbesserte Kommunikation zwischen Verkehrsanbietern:** Ein zentraler Vorschlag des Ausschusses war eine bessere Abstimmung zwischen den verschiedenen Verkehrsanbietern. Ein Beispiel hierfür ist die Optimierung von Anschlussverbindungen: Wenn die Regionalbahn Verspätung hat, sollte der Bus entsprechend warten, um den Anschluss sicherzustellen. Gerade bei seltenen Taktungen ist eine zuverlässige Vernetzung essenziell, um Menschen dazu zu bewegen, Alternativen zum eigenen Auto zu nutzen.



Fazit:

Die Diskussion im Ausschuss „Mobilität“ zeigte, dass es vielseitige Ansätze gibt, um die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Von der Förderung des Radverkehrs über die Einführung von Carsharing-Angeboten bis hin zur Optimierung der Bus- und Bahnverbindungen gibt es Potenzial für innovative Lösungen. Dabei wurde jedoch auch deutlich, dass noch viel Arbeit vor allem in der Akzeptanz und im Mindset der Menschen vor Ort geleistet werden muss, um langfristig nachhaltige Mobilitätskonzepte zu etablieren.

Bus- /
 Schienenetz-
 verbindungen
 erhalten und / oder
 reaktivieren

PLANUNGS-
 KOMPETENZEN
 BÜNDELN

PARTIZIPATIVE
 LÖSUNGEN
 ANSTREBEN

mehr
 Bedarfshalle bei der
 Bahneinführung

Infrastruktur-
 ausbau statt
 -abbau

Praktikable
 Zwischenlösungen
 finanzieren
 („Weg dahin...“)

bessere Abstimmung
 zw. Bahn und Bus
 insbes. bei Verspätungen
 damit Anschlüsse besser
 klappen

Kommunen
 finanziell besser
 ausstatten

RADWEGE
 KARTIERUNG:
 BEDARFE FÜR
 SCHÜLER
 BERÜCKSICHTIGEN

DASEINSFÜRSORGE
 ausreichend
 finanzieren

BÜRGER GENOSSENSCHAFT
 FÜR
 DORFAUTO
 UNTERSTÜTZT VON LAG

ein Sicheres, Komfortables
 & durchgängiges
 Radnetz
 für Brandenburg

FÖRDERUNG
 DORFAUTO/
 CARSHARING
 UNTERSTÜTZEN

Ermessensspiel-
 räume schaffen
 („ein schlechter,
 separater Radweg ist
 besser als gar keines“)

Versicherung /
 rechtl. Rahmenbed.
 bei Carsharing / Radsharing
 Klären

Vorschlag für ein Landesradroutennetz Brandenburg

Rote Routen = Ringe
 Blaue Routen = Strahlen
 Grüne Routen = Querverbindungen
 Gesamtlänge des Radnetzes: 7.086 km
 Zum Vergleich die Gesamtlänge aller
 Bundesautobahnen, Bundesstraßen und
 Landstraßen in Brandenburg: 9.195 km²
 Stand: 9.1.2024



Link zur Karte



Ausschuss „Gesundheit im Dorf“

Das Thema Gesundheit wurde ganz neu an die Dorfbewegung herangetragen. Die Vorrecherchen ließen vermuten, dass sich der Themenkomplex nur schwer eingrenzen lässt, die Inhalte reichen über die verschiedenen Generationen hinweg und berühren oftmals Aspekte, die sich durch Aktive im Dorf nur schwer gestalten oder aufbrechen lassen.

Als Einstieg fand daher im Juni 2024 ein 5-Uhr-Tee zum Thema statt. Karin Inama, Fachfrau für Gesundheitsthemen im ländlichen Raum, stellte das Modellprojekt [„Gesundes Dorf“](#) vor:

"Das Modellprojekt will herausfinden, welche Voraussetzungen in den Modelldörfern erfüllt sein müssen, um als gesunde Dörfer zu gelten. Was braucht ein Dorf, um gesund zu sein und zu bleiben? Welchen Beitrag leistet ein Dorf zur Gesundheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner? Gesund wird dabei nicht nur im Sinne der Abwesenheit von Krankheit betrachtet, sondern auch im Sinne von Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bürger. Es soll erarbeitet werden, wie Gesundheitsförderung im ländlichen Bereich in die Dorf- und Regionalentwicklung eingebunden werden kann."

Diese Ansätze, fanden sich auch im von Dr. Jens Forkel vorgestellten Ansatz im Themenausschuss wieder.

Die Teilnehmenden diskutierten über folgende Aspekte:

- zu wenige Haushaltsassistenzen und Pflegedienste
- zu wenig Angebote für immobile Menschen
- fast keine Präventionsangebote vor Ort
- Umsetzung der Barrierefreiheit ungenügend
- Unterstützung von Ehrenamt seitens der Kommune oft ungenügend
- Entfernung von Gesundheitseinrichtungen
- Ärztemangel
- mangelnde Verkehrsstrukturen
- fehlende finanzielle Mittel
- Optimierung sozialer Sicherheit
- fehlender Einkaufsservice

Potentiale/gute Praxis:

- verbesserte Kommunikation unter Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen (Positivbeispiel: Kongress mit Workshops, die auf die jeweilige Kommune zugeschnitten waren)
- soziale Landwirtschaft
- Dorffrühstück
- Verbindung mit Digitalisierung
- aus Datenerhebungen Forderungen ableiten (Daten für Taten)

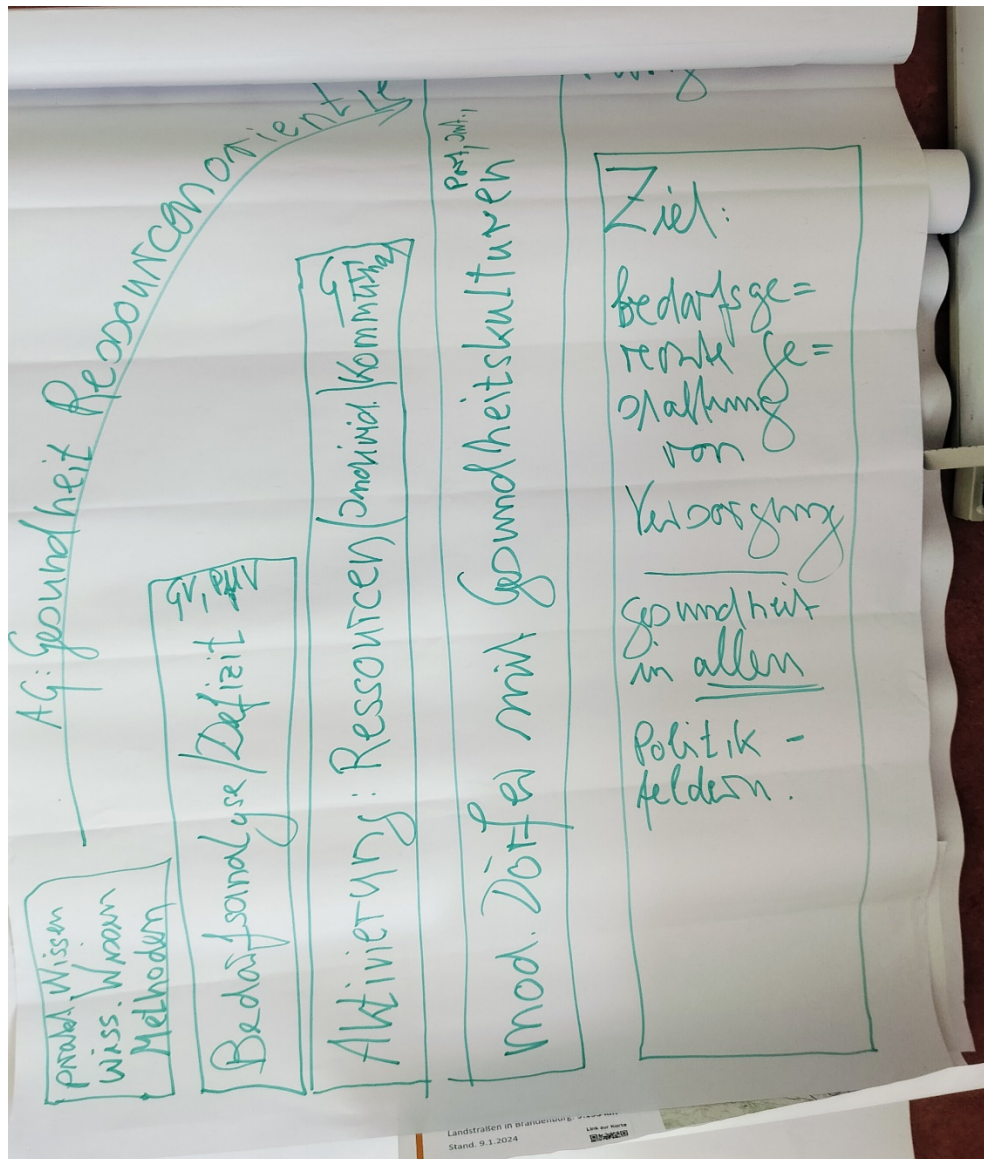
Ergebnisse

Aufgebrochen werden sollte die Herangehensweise, dass Gesundheit mit medizinischer Versorgung gleichgesetzt wird. In diesem Sinne sollte begonnen werden, praktisches Wissen und wissenschaftliche Forschungsergebnisse zugänglich zu machen, die zu einem gesunden Leben beitragen.

Zudem könnte die Dorfbewegung eine Befragung auf den Weg bringen, um herauszufinden, welche Schwerpunkte für ein gesundes Leben im Dorf in Brandenburg als wichtig erachtet werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse kann mit Partnern überlegt werden, welche Dinge direkt vor Ort mit der Dorfgemeinschaft angepackt werden könnten und wie Ressourcen dafür genutzt werden bzw. aktiviert werden können, z.B. Dorfmoderation, Gesundheitsberater:innen, Weiterbildungen etc.

So können sich moderne Dörfer mit einer Gesundheitskultur entwickeln (hin zu mehr Gesundheit statt weg von Krankheit).

Oberstes Ziel ist eine bedarfsgerechte Gestaltung von Versorgung über alle Politikbereiche hinweg.



Verabredungen

Es soll eine Arbeitsgruppe „Gesundheit im Dorf“ eingerichtet werden, die auf Basis dieser Überlegungen eine Befragung vorbereitet (Ausarbeitung von Fragen) und vorhandene Informationen zu diesen Aspekten zusammenträgt.

Kontakt: gesundheit@lebendige-doefer.de

IMPRESSIONEN







Fotos: Ruben Körmer

Das Parlament der Dörfer wird gefördert durch:

